

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Er scheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Veranlagungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Wo stehen wir?

Am 15. Januar tagte in unserem Verbandshaus der Vorstand zusammen mit dem Ausschuss, woran sich am 16. und 17. Januar eine Bezirksleiterkonferenz schloss. Im Mittelpunkt der Beratungen standen einmal die Lage unserer Bewegung und insbesondere der Stand unseres Verbandes und dann die bevorstehende Erneuerung des Reichstarifvertrages.

Mit ruhigem Gewissen können wir uns des Erfolges freuen, der unseren Verband im vergangenen Jahre 1921 einen schönen Schritt vorwärts hat tun lassen. Zunächst zur Mitgliederentwicklung: Zählte unser Verband am 31. Dezember 1920 46 257 Mitglieder, so hat sich diese Zahl bis zum 31. Dezember 1921 auf 51 625 (auf Grund der Arbeitslosenberichterstattung) erhöht. Das bedeutet eine Zunahme von 5 368 Mitgliedern oder 11,6 Prozent!

Naturgemäß war die Mitgliedsziffer im Laufe des Jahres Schwankungen unterworfen, wofür in erster Linie die ungünstige Lage auf dem Bauparkt im Frühjahr 1921 verantwortlich zu machen ist. Am 31. März zählte der Verband 45 009, am 30. Juni 48 904 und am 30. September 51 191 Mitglieder. Dieses günstige Ergebnis ist in erster Linie der hingebenden Arbeit der Verbandsfunktionäre und Vertrauensmänner zu verdanken, des weiteren aber wollen wir nicht vergessen, daß die unseren Verbande zugrunde liegende große christliche Idee, getragen von dem festen Willen, ein praktisches Christentum wieder lebendig werden zu lassen, wohl manchen Berufscollegen unseren Reizen zugeführt hat.

Mehr denn je deutet es sich heute an, daß tief unten in der Masse ein Widerwille, ja geradezu ein Stillsitzen beginnt über die vollkommen einseitige Betonung des Materiellen, wie wir es insbesondere in den letzten Jahren erleben mußten. Man beginnt heute einzusehen, vielleicht gerade infolge der großen materiellen Not, die unser Volk wohl noch auf Jahrzehnte unklammert halten wird, daß das höchste Erdendulst und Erdens Freude doch unmöglich den Kern des Daseins ausmachen kann, daß es etwas Größeres sein muß, um dessen willen wir das Tal des Lebens durchwandern müssen. Gar mannigfaltig deutet solch Erkennen der Masse sich an, und ein Sehnen zieht durch sie hindurch — keine und nur dem aufmerksamen Beobachter erkennbar zwar — ein Sehnen und Streben, sich über die Welt der Materie zu erheben, all den Egoismus und Nihilismus der Umwelt abzustreifen, und sein Tun und Handeln einzustellen nach Gerechtigkeit und Harmonie, die nicht ein sich überhebender Kapitalismus oder Sozialismus dem Denken der Menschen aufzwingen, sondern die von Ewigkeit her unter den Sternen galten, hingelegt und unverrückbar fundamementiert vom Urgrund und Urquell alles Seins, von Gott.

Hier sind die Grundlagen, auf die wir auch unseren Verband gestellt, von dort oben her nehmen wir die Richtlinien und Normen, die auch unser diesseitiges Handeln bestimmen, und das sind insbesondere die ewigen Grundzüge der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe, für deren Durchführung und endgültigen Sieg wir als christliche Gewerkschaftler kämpfen. Wie unsere zahlenmäßige Zunahme beweist, sind das Gedankengänge, denen zu folgen immer mehr Arbeiter bereit sind. Wohlauß Freude, hatten wir daran jetzt, der eingeschlagene Weg ist der einzig mögliche, der uns auch im Die-seits zu einem einigermassen erträglichen Dasein führen kann!

Nicht ganz so erfreulich, wie die Mitgliederentwicklung haben sich unsere Kassenerhältnisse gestaltet. Wohl können wir eine ziffernmäßig erhebliche Stärkung der Hauptkasse verbuchen, in dem sich nämlich bis zum 13. Januar 1922 der Kassenbestand um 1 342 973,79 M., davon 650 000 M. auf Konto des Sonderbeitrages vermehrt hat, aber was bedeutet das bei der heutigen ungeheuerlichen Geldentwertung?

In den ersten drei Vierteljahren des vergangenen Jahres wurden folgende Gesamteinnahmen erzielt:

I. Quartal	1 797 395,40 M.
II. "	2 170 945,38 "
III. "	3 122 308,23 "
insgesamt	7 090 729,01 M.

Davon sind:

Eintrittsgelder	26 613,— M.
Hauptkasseneinträge	4 316 619,95 "
Sonderbeiträge	650 000,— "
Zuflüssebeiträge	9 602,10 "
Verkaufbeiträge	1 886 702,75 "
Vertragsbeiträge	11 185,— "
Localfondseinträge	89 350,50 "
Sonst. Einn. für d. Localf.	68 751,33 "
" " " " Hauptk.	1 874,08 "

Diesen Einnahmen steht eine Gesamtausgabe von 3 677 922,85 M. in den Verwaltungsstellen gegenüber. Davon entfallen:

Für Rechtschutz	5 914,63 M.
" Streikunterstützung	906 237,95 "
" Maßregelungsunterst.	5 889,65 "
" Krankenunterstützung	405 696,30 "
" Arbeitslosenunterst.	225 814,50 "
" Erwerbsunterstützung	33 606,50 "
" Agitation	57 983,04 "
" Lokale Ausgaben	1 976 810,28 "

So groß uns, rein ziffernmäßig gesprochen, die Zunahme des Verbandsvermögens auch erscheinen mag, so kann man sich doch keinen Zweifel darüber hingeben, daß es in Anbetracht der gegenwärtigen Umstände bei weitem nicht ausreicht. Infolge der Teuerung sind die Unkosten ganz erheblich gestiegen. Betrugen z. B. die Ausgaben für die „Baugewerkschaft“:

1921	325 476,70 M.
1920 noch	249 079,73 "
1921 mehr	76 396,97 M. = 37%

so erhöht die gegenwärtige Teuerung die Kosten geradezu ins Ungewöhnliche. Kopierte noch gegen Ende 1921 eine Auflage der „Baugewerkschaft“ in Höhe von 63 000 Stück etwa 3 300 M., so ist der Preis inzwischen auf 11 000 M. hinaufgeschwollen, was in erster Linie auf die ungeheuerlichen Papierwucherpriese zurückzuführen ist, die innerhalb eines Monats eine fast 100 prozentige Erhöhung erlitten. Dazu dann die verdrängte Fortwörterhöhung, so daß jetzt die Verdrängungskosten für eine einzige Nummer der „Baugewerkschaft“ 464 M. betragen!

Bird schon auf diesem tagtäglichen Wege die Kasse des Verbandes ganz erheblich angespannt, so kommt hinzu, daß wir anläßlich der Tarifverneuerung in diesem Frühjahr einer äußerst gespannten und gefährlichen Situation entgegenstehen. Wir haben also wahrlich keine Veranlassung, die Hände in den Schoß zu legen, unser aller Aufgabe muß es sein, mit allen Mitteln auf eine Stärkung der Hauptkasse zu wirken, die pünktliche und regelmäßige Leistung des jahungsmäßigen Beitrages ist unsere unumgängliche Pflicht!

Den Hauptteil der Beratungen nahm die bevorstehende Tarifverneuerung ein. In eingehender Aussprache wurden die Wünsche der Kollegen zum Ausdruck gebracht und zu den beginnenden Unterhandlungen formuliert. Aus den Kollegen Wiedeberg und Schmidt, Berlin, Sach-Kürzberg, Koch-Vochum, Zumbrodt-Hannover sowie dem Schriftleiter der „Baugewerkschaft“ wurde eine Verhandlungskommission gebildet. — Die gegenwärtige Situation ist recht unklar. Zwischen den drei Arbeitgeberorganisationen herrschen erhebliche Differenzen, so daß die Frage des Tarifvertrages dringend einer Klärung bedarf. Die Trennung des Betonarbeitgeberverbandes vom Deutschen Arbeiterbund für das Baugewerbe und sein Uebertritt zu einer Tarifgemeinschaft mit dem Reichsverband für das Tiefbaugewerbe hat eine erhebliche Verschärfung in den Machtverhältnissen der Arbeitgebergruppen mit sich gebracht. Wir haben alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß diese Differenzen der Letzten Arbeit-

geber nicht auf dem Buckel der Bauarbeiterchaft ausgefochten werden!

Eine ganze Reihe überaus dringlicher und heftig umstrittener Fragen harzt dieses Mal der Erledigung. So vor allem die Ferien- und Behrungsfrage, sowie die Regelung der Behandlung von Streitigkeiten. Aber Voraussicht nach wird es ein sehr erbitterter Kampf sein, der uns jetzt wartet, bevor wir einen neuen Reichstarifvertrag in Händen haben. Dafür können wir doch die Herren Arbeitgeber zu gut. Mit dem Herrn im Haus sozial bis dort hinaus, hat den Herrn im Hause Standpunkt und ähnliche schöne Sachen längst zum alten Eisen geworfen, die Wirklichkeit sieht hinterher aber immer ganz anders aus!

Aber all das darf und soll uns nicht entmutigen! Mit ruhiger Entschlossenheit wollen wir unseren Weg weiter vorangehen, stetig und pflichtgetreu wollen wir unsere Aufgaben weiter erfüllen. Nicht erlahmen wollen wir in der Werbung neuer Mitglieder, und stets pünktlich unseren finanziellen Verpflichtungen nachkommen. Dann tun wir mehr für die Hebung unserer wirtschaftlichen Lage, als wenn wir mit leeren Phrasen und Schlagwörtern um uns werfen, so arbeiten wir für uns, für unsere Familien und schließlich auch für unsere Volksgemeinschaft!

Auftakt zur Tarifverneuerung

Auf Einladung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hatten sich die Vertreter der baugewerblichen Arbeitnehmerverbände (unser Verband, der Deutsche Bauarbeiterverband, der Zimmererverband und der Verband der Maschinenisten und Feizer) am 19. Januar in Berlin zusammengefunden, um mit den Arbeitgebern in Vorverhandlungen über die Erneuerung des Reichstarifvertrages einzutreten. Ursprünglich bestand wohl seitens des Arbeitgeberbundes die Absicht, keinerlei Vertreter der anderen beiden Arbeitgeber-Organisationen, des Reichsverbandes des deutschen Tiefbaugewerbes und des Beton- und Tiefbauarbeitgeberverbandes, die sich ihrerseits zu einer Arbeits- und Tarifgemeinschaft zusammengeschlossen haben, zu diesen Verhandlungen hinzuziehen. In den der gemeinsamen Beratung vorhergehenden Tagen waren jedoch Verhandlungen zwischen den drei Arbeitgeber-Organisationen angestrebt worden, mit dem Ziel, eine gemeinsame Arbeitgeberfront zu den Tarifverhandlungen herzustellen, und so einen Einheitsstarif für das Hoch- und Tiefbaugewerbe zur Durchführung zu bringen.

Da diese Einigungsverhandlungen erst spät am Abend des 18. Januar zum Abschluß gekommen waren, konnte naturgemäß noch nicht in die beabsichtigten Vorverhandlungen über die Tarifverneuerung eingetreten werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer beschränkten sich darauf, dem Arbeitgeberbund — außer dem Arbeiterbund war auch der Reichsverband für das Tiefbaugewerbe und der Betonarbeitgeberverband vertreten. — ihre ungefähren Wünsche durch den Mund des Kollegen Schönfelder, Sachse, der des Zimmererverbandes, bekanntzugeben.

Dieser ging in seinen Ausführungen davon aus, daß unsere Tarifgemeinschaft durch die Erfahrungen des letzten Jahres, insbesondere durch die von den Arbeitgebern beliebte „Erledigung“ der Ferienfrage einen starken Stoß erlitten habe.

Nider allen Treu und Glauben hätte man uns vor das Gericht geschleppt, und so gegen den Willen der gehaltenen Grundgesetz verstoßen, den ordentlichen Gerichtsweg für unsere Streitigkeiten auszuschließen. Unbedingt müssen wir in dem neuzuschaffenden Vertrage Sicherheit schaffen, daß so etwas nicht wieder vorkommen würde, das wäre die Vorbedingung für eine ruhige und sachliche Behandlung der übrigen Fragen. Während der Bund durch die zentrale Vereinfachung den Gehaltsdruck schließlich anerkannt hätte und so in gewisser Weise seinen guten Willen gezeigt habe, müßten wir von dem Reichsverband für das Tiefbaugewerbe und

dem Bauernarbeitsgeberverband von vornherein eine ähnliche Vereinbarung fordern. — Auch wollten wir keinen Zweifel darüber lassen, daß dieser Vertrag eine gründliche Verhandlung der Forderungen erheische, und daß die Arbeitgeber hierin zu erheblichen Zugeständnissen bereit sein müßten.

Eine grundsätzliche Klärung erfordere jedoch die Behringfrage. Bei dem großen Mangel an Facharbeitern müßten wir der Frage des Nachwuchses eine erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Lehrlinge wie bei den Gewerbetreibenden aber erst dann erhalten, wenn man sich zu einer anständigen Entlohnung auch der jugendlichen Kollegen entschließt. Sonst ist es den Eltern überhaupt nicht mehr möglich, ihre Kinder das Bauhandwerk lernen zu lassen, und den Schaden trägt schließlich die Volksgesundheit.

Diese drei Punkte, die Regelung der Behandlung von Streitigkeiten, die Ferien- und die Behringfrage, werden für das Zustandekommen des neuen Vertrages von entscheidender Bedeutung sein. Eine weitgehende Erfüllung dieser unserer Forderungen schafft erst die Basis für weitere Verhandlungen.

Eine Aussprache über die vorstehenden Ausführungen des Kollegen Schönfelder fand nicht statt. Man einigte sich, die Vorverhandlungen zwischen dem 7. und 14. Februar beginnen zu lassen.

Die Frage der Bezirkswirtschaftskammern

Die Schaffung von Bezirkswirtschaftskammern, die grundsätzlich auch in der Weimarer Verfassung (Art. 165) vorgesehen ist, hat den ganzen Sommer über den Beratungsausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigt. Die Beratungen und Vorschläge von Sachverständigen haben ergeben, daß die Bezirkswirtschaftskammern allerorts nach nur dem über einen losen Apparat für zu einem wirkungsvollen Glied im Gesamtaufbau unseres Wirtschaftslebens zu entfalten vermögen, wenn sie die gesamtwirtschaftlichen Angelegenheiten des Bezirkes zu beraten und zu betreiben haben, also ihre Zuständigkeit nicht auf einzelne Industrie- oder Gewerbebezirke beschränkt bleibt. Sie werden also nach dieser Seite hin weitgehend für den Bezirk des Reichswirtschaftsrates für das Reich zu werden. Die Bezirkswirtschaftskammern aber so ausgestaltet, so werden sie eines organischen Unterbaues, denn können einzelne Unternehmungen, als deren Leiter und Arbeiter, nicht in ihrem zum Ausdruck, so ist ein entsprechendes Verhalten wegen der Wirtschaft wohl nicht zu denken. Es müssen also die Industrie- und Gewerbebezirke als solche die Bezirkswirtschaftskammern bilden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund steht auf dem Standpunkt, daß es sich dabei um eine paritätische Bezeichnung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer handeln kann.

Man gibt es schon Zusammenfassungen nach Gewerbezweigen in den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, die sich als organischer Unterbau für die Bezirkswirtschaftskammern sehr gut eignen würden, wenn sie paritätisch besetzt wäre. Das ist bekanntlich

nicht der Fall. Es sitzen bisher in den Kammern nur Unternehmer (Arbeitgeber). Bevor man Neues schafft, soll man versuchen, das Alte zu modernisieren, wenn es an sich gut ist. Von diesem Streben ausgehend, haben die Arbeitnehmervertreter des Reichswirtschaftsrates unter Führung eines Vertreters des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Thissen, versucht, Vorschläge für einen zeitgemäßen Umbau der Kammern zu machen, einen Umbau, der die Kammern nach wie vor in ihren jetzigen Funktionen beläßt, sie des Charakters einseitiger Unternehmer- (Arbeitgeber-) Vertretungen entkleidet und sie zugleich befähigt, Träger der nach wie vor notwendigen Bezirkswirtschaftskammern zu werden. Diese Vorschläge lauten wie folgt:

1. Vor Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten und insbesondere bevor Zusammenfassung, Bezirke und Aufgaben derselben endgültig festgestellt werden, sind die für Handel und Industrie, Handwerk und Landwirtschaft bestehenden Kammern so umzugestalten, daß sie jenem Mächtigsten, welches nach Art. 165 der Reichsverfassung den Arbeitnehmern die gleichberechtigte Mitwirkung mit den Unternehmern an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte gewährleisten soll, als Unterstufe dienen können.

2. Die Einflusnahme der Kammern auf die Gestaltung der Wirtschaft, sowie der sie betreffenden Einrichtungen und Gesetze, ist bisher einseitig dem Unternehmertum zugute gekommen. Den Arbeitnehmern Standen und stehen gleiche Möglichkeiten nicht zur Verfügung.

Zur Befreiung dieser ungleichen Verhältnisse die Kammern aufzuheben oder ihrer amtlichen Bedeutung zu entkleiden, erscheint nach ihrer Bestimmung sowohl als nach ihren wirtschaftlichen Leistungen nicht erwünscht. Vielmehr ist als Unterbau von Räten für die Gesamtwirtschaft größerer Wirtschaftsbezirke und des Reiches eine hinreichende örtliche, berufliche und innerhalb der Berufsgemeinschaften noch sachliche Gliederung, wie sie die Kammern in der Handhabe bereits darbieten, ausdrücklich zu fordern. Die Kammern besitzen heute wahrhaftig in absehbarer Zeit nie mit wesentlich kaum veränderten Zwecken wiederherstellen müssen.

3. Die hiermit beibehaltenden Kammern werden zu ihrem Teile die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer dadurch verwirklichen müssen, daß diese von ihnen aufgenommen werden.

Wirkliche Gleichberechtigung setzt dabei grundsätzlich Gemeinamkeit des ganzen Aufgabebereichs jeder Kammer zwischen ihren Arbeitgeber- und ihren Arbeitnehmermitgliedern voraus. Für die letztgenannten muß außerdem durch zahlenmäßig gleiche Vertretungsmöglichkeiten die sichbare Möglichkeit, mehr noch die rechtliche Überzeugung gegeben sein, erforderlichenfalls die volle Hälfte des Einflusses auf Entscheidungen in der Hand zu haben.

4. Die beste Gewähr hierfür bieten einheitliche paritätische Wirtschaftskammern für Industrie und Handel, das Handwerk und die Landwirtschaft. Dazu gehört Einheit des Verwaltungsbereiches, des Geschäftsganges, der Geschäftsbeziehungen und der Unterbringung, Parität wie in der Volkserziehung, so in der Belegung des Vorstandes, der Ausschüsse und der gesamten Geschäftsführung und in der Verwaltung von Sonder-einrichtungen.

5. Die grundsätzliche Gemeinamkeit aller Aufgaben zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Mitgliedern schließt nicht aus, daß einzelne Angelegenheiten der alleinigen Zuständigkeit der Arbeitgeber- oder der Arbeitnehmerseite zugewiesen, andere der vorzugsweisen Behandlung durch eine Abteilung oder deren Bezeichnung

in dem Vorstände oder dem zuständigen Ausschusse nach Beratung oder Abrede überlassen werden. Im zweiten Falle muß die zunächst unbeteiligte Abteilung die Behandlung einer Angelegenheit als gemeinsame jederzeit verlangen können.

Wo im übrigen neben den freien wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Kammern noch ein Bedürfnis nach getrennter Meinungsbildung oder Meinungsäußerung oder getrennter Interessenvertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben könnten, soll das Gesetz den Kammern darin die Selbstbestimmung nicht beschränken. Für hieraus und für aus rechtmäßigem eigenen Entschlüsse erwachsende Aufgaben ist es auch unbedenklich, wenn eine Abteilung der gemeinsamen Wirtschaftskammer des Handels, der Landwirtschaft usw. als Teilkammer (z. B. Meisterkammer neben einer Gesellenkammer in der Wirtschaftskammer des Handwerks) auftreten will.

6. Die Bezirke der verschiedenen Kammern sind unter Berücksichtigung des von ihnen vertretenen Wirtschaftszweiges sowie der wirtschaftlich-gewerblichen Verhältnisse der Gegend größeren oder kleineren politischen Verwaltungsbezirken anzupassen. Zweigkammern sind mit benachbarten zusammenzulegen.

7. Kosten der Wirtschaftskammer, die nicht unter Gesichtspunkten des staatlichen Interesses von Reich oder Ländern getragen werden, sind auf die kammerpflichtigen Unternehmungen des Bezirkes umzulegen.

Es ist von großer Bedeutung, daß es in dieser hochwichtigen Angelegenheit gelungen ist, sämtliche Arbeitnehmerrichtungen auf eine Linie zu bringen. Insbesondere ist es der Sache förderlich, daß sich auch die Vertreter der freigewerkschaftlichen Richtung auf den Standpunkt gestellt haben, daß man den paritätischen Unterbau durch Eineinahme der Arbeitnehmer in die bestehenden Kammern schaffen muß, und nicht etwa dadurch, daß man sozusagen an den Kammern ein Arbeitnehmerhochwerk hinaufbaut, und beide oben durch ein Mauerloch verbindet. Würde es so gemacht, so bedeutete das eine Verstärkung und Stärkung des Klassengeistes und würde praktisch die Unaufrichtigkeit der Einrichtung nach sich ziehen.

Die Arbeitgeber stehen zur Zeit den Vorschlägen der Arbeitnehmer in verschiedener Haltung gegenüber. Handwerk und Landwirtschaft sind geneigt, sich auf ihren Boden zu stellen. Dagegen sträubten sich noch Industrie und Handel. Sie wollen die Handelskammern als ihre Domäne nur für sich haben. Man kann ihnen das nachfühlen, ob es ihnen aber gelingt, ist nicht sicher. Auf die Dauer gewiß nicht, wenn die Arbeitnehmer zielbewußt einig bleiben. Es sind auch jetzt schon Anzeichen vorhanden, daß man einzulenkert versucht. Die Entscheidung fällt bald nach dem 24. Januar, denn dann sollen die endgültig abschließenden Beratungen im Beratungsausschuss des Reichswirtschaftsrates stattfinden. Da die dortigen Vertreter in Fühlung mit den von ihnen vertretenen Organisationen handeln, ist das Ergebnis der Beratungen auch für das Plenum des Reichswirtschaftsrates und auch für den Reichstag von größter Bedeutung.

F. R.

Allgemeines

Als Erfizenzminimum im Dezember ergibt sich nach den Berechnungen von Dr. Kuczynski in Groß-Berlin für einen Mann, 63w. für ein Kinderloos

**tausendfach wird dem gegeben,
tausendfach das Glück erweist,
wer sich jeden Tag im Leben
dankebar seine Gaben freut.**

J. Eschmeyer.

Mensch oder Maschine

Ein Sonntagsgespräch.

Fritz: Vor mal, Paul! Wenn ich so am Sonntag ein paar Stunden Zeit habe nachzudenken, kommt es mir immer in den Sinn, wie froh ich eigentlich bis vor zehn Jahren immer war, als ich noch auf dem Lande weilte. Da hatte man doch auch recht viel und so, vor zu arbeiten, miteinander mehr als hier, und war doch immer guter Dinge. Woher das wohl röhren mag?

Paul: Etwas Ähnliches habe auch ich schon bei meinem Freunde Gustav bemerkt. Der hat eine eigene kleine Tischlerwerkstatt angemacht, und er arbeitet darin kräftig von früh bis spät und ist doch immer guter Dinge. Als ich ihn einmal fragte, wie das möglich sei, da klappte er mir lachend auf die Schulter und sagte: Das ist ja meine Werkstatt, die ich mir angemacht habe, und ich hab sie fast so lieb wie meine Mutter. Jedes Stück, das herausgeht, ist ganz mein Werk, und mir tut's fast leid, es jedes, das fort muß. Freude muß man an der Arbeit haben, dann kommt man sich von früh bis spät vor wie ein Osear und kann wohl lustig sein. Der Mann scheint mir recht zu haben.

Fritz: Kann stimmen. Es war doch schon, wenn ich früher im Hause der Eltern zu tun hatte, wo man halt hier bald dort von früh bis spät zu arbeiten hatte. Oder wie konnte man sich, wenn man die eigenen Geister auf der ersten Scholle froh-lich empfinden und wissen sah. Seine Mühe war

zu viel, um eine rechte Ernte zu erzielen. Wohl reizte auch der schöne Gewinn, aber die Hauptfreude war doch innerlich, wenn man seinen Schweiß Frucht bringen sah.

Paul: Und hier in der Großstadt? Halb fertig kriegt man eine Arbeit, kann sie noch nicht einmal ganz vollenden, da kommt schon wieder einer, der auf das folgende eingedrückt ist. Man sieht weder Anfang noch Ende der Sache, wird von Stück zu Stück gebeugt und sieht morgen nicht mehr, was heute unserer Schweiß kostete. Woher soll da die Freude an der Arbeit kommen? Man ist ja die reine Maschine, die auch so ohne Beinnung und Frage und Gefühl ein Stück Arbeit übernimmt, ein bisschen weiterfördert und dann gleichgültig an die nächste weitergibt. Sie wollen doch aber Menschen sein, als solche mit Herz und Verstand würdig leben!

Fritz: Sehr richtig! Wie sagt doch darüber der alte Schiller in seiner „Glocke“:

Das ist's ja, was den Menschen zieret,
Und dazu ward ihm der Verstand,
Daß er im innern Herzen spürt,
Was er erschafft mit seiner Hand.

Doch da kommt unser Karl, dem ich schon gestern meine Sache sagte. Der weiß ja immer über alles Mögliche Bescheid. Guten Sonntag, Karl!

Karl: Guten Tag! Was gibt's da so Wichtiges?
Fritz: Was sagst du nun zu unserer Frage von gestern: Mensch oder Maschine?

Karl: Darüber ging's? Das freut mich. Das ist ja eines der schwierigsten Probleme, woran heute die Gewerkschaften arbeiten.

Fritz und Paul: Und was sagen die dazu?
Karl: Ja, dem ist unter den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie heute nun einmal liegen, nur schwer beizukommen. Wie sollen wir den Vorteil, den der Landmann oder der selbständige Handwerker hat, voll erfassen? Die Arbeitsteilung ist nötig und wird nicht viel eingeschränkt werden können. Aber

auf eine andere Art muß jeder wieder an seinen Arbeitsleistung interessiert werden. Einmal soll er wenigstens zum Teil an dem Nutzen seiner Arbeit Anteil haben. Wie das geschehen kann, müßt ihr am besten in den Gewerkschaftsschriften nachlesen. Auch in unserer Zeitung wird ja oft davon gesprochen. Die christliche Gemeinwirtschaft ist hier unser Ideal. Die Hauptsache aber ist eine Aufgabe des Arbeiters selbst.

Fritz und Paul: Nam, wie denn das?

Karl: Zuerst muß er sich so viel Kenntnisse verschaffen, daß er genau weiß, in welchen Zusammenhängen gerade seine Arbeit mit der der anderen steht. Dann kann er das Wort Schillers, das du mir schon gestern anbrachtest, wahr machen, daß er mit dem Herzen spürt, was die Hand schafft. Auch muß er manche gebotene Gelegenheit benutzen, um das Schicksal seiner durch andere fortgeführten Arbeit zu beobachten. Dann aber noch die Hauptsache!

Fritz und Paul: Und die wäre?

Karl: Alle müssen vom Gedanken ihres Berufes erfüllt sein. Man muß sich klar machen, daß jede Arbeit notwendig ist, daß sie zum Besten aller dient, und daß sie deswegen freiwillig und gern getan werden muß. Als Mensch muß sich jeder fühlen und danach menschenwürdig handeln. Eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften ist es natürlich, diesen menschenwürdigen Standpunkt bei allen Unternehmern durchzusetzen. Der Mensch ist die Hauptsache, nicht das Geld.

Fritz: Bravo!

Paul: Das müssen wir uns doch alles mal überlegen. Können wir am nächsten Sonntag darüber weiterprechen?

Karl: Aber gern, auf Wiedersehen!

Fritz und Paul: Auf Wiedersehen!

Georg Nowotnik

Ehepaar, bzw. für ein Ehepaar mit zwei Kindern folgendes:

Table with columns: Mann, Ehepaar, Ehepaar mit 2 Kindern. Rows: Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Sonstiges, and monthly/annual costs for 1921 and 1913/1914.

Am 28. Januar 1922 ist der fünfte Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

Bei den heutigen hohen Wohnungs- und teureren Lebensverhältnissen werden die Lehrplätze immer seltener, bei denen der Lehrling in der Familie des Meisters Unterkunft und Verpflegung finden kann.

Die Lehrlinge sehen den Schülern vielfach gleich. Sie sind in Vorbereitung für einen Beruf, der sie künftighin ernähren soll. Es erscheint als ein Gebot der Gerechtigkeit, daß den Handwerks- und Handlungslehrlingen nicht ein höherer Eisenbahnfahrtpreis abgenommen wird, als wie den Schülern, deren Eltern oft in weit besserer Lage sind, als wie jene der Lehrlinge.

Können wir unsere Mitgliederzahl verdoppeln? Jawohl! Indem jeder Kollege ein neues Mitglied gewinnt. Also auf zur Tat!

Das Schicksal der Wohnungsbauabgabe

Der den Kollegen bereits bekannte Entwurf des Reichsarbeitsministeriums, der entgegen unserer Vorhersagen die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens auf insgesamt 50 Prozent der Friedensmiete bemisst, und somit wieder trotz allen Mahnens und Klagens eine Dankschuld darstellt, ist in den ersten Tagen des Januar leider von den Ausschüssen des Reichstages mit großer Heftigkeit angenommen worden.

Demgegenüber ist jedoch der Reichswirtschaftsrat in seiner Sitzung vom 11. Januar dem Beispiele des Reichstages nicht gefolgt, sondern hat sich einem Vorschlag zu eigen gemacht. Der „Deutsche“ berichtet über diese Verhandlung:

Der Berichterstatter zum Reichstagsbeschlusse, Herr Wiebeberg vom Christlichen Bauarbeiterverband, vertrat den auch von der Mehrheit des Unter Ausschusses vertretenen Standpunkt, auf den der Reichswirtschaftsrat bisher auch in seiner Gesamtheit gestanden hat, daß mit der Aufhebung der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens ein Verlust gemacht werden müsse.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums hat, es sei der Regierungsvorlage zu betonen. Der Ausschuss erklärte sich trotzdem mit einer beträchtlichen Mehrheit für die hundertprozentige Erhöhung.

Entwurf vorgelegene Sonderbehandlung des reichseigenen Wohnungsbauens zu streichen.

Inzwischen hat nun auch der Deutsche Gewerkschaftsbund in einer abermaligen Entschließung mit allem Nachdruck erklärt, daß er auf seinem alten Vorschlage der 100prozentigen Abgabe auch weiterhin mit Nachdruck besteht, aus der Ermüdung heraus, „zur Befriedigung unseres Wohnungsbedürfnisses durchgreifende Maßnahmen“ zu verlangen, die „nur durch Vermittlung jeder Auleihe“ möglich sind.

Nunmehr liegt die Entscheidung beim Reichstag. Möge man sich dort endlich einmal zu der notwendigen Verantwortungsübernahme aufraffen und der deutschen Bauwirtschaft die Mittel gewähren, deren sie bedarf, um unser Volk aus der unerträglichsten Wohnungsmisere herauszuführen!

Wirtschaftliche Bewegung

Wie wir schon in der „Bauerschaft“ mitteilten, haben sich hier am 16. Dezember die Verhandlungen geschlossen. Ein Bezirkskomitee hatten wir nicht, weil Herr Behrens sich nur ein solches denken kann, wenn an dessen Spitze ein Vorsitzender steht, der in den Zustapfen des Herrn Behrens marschiert.

Feuerungs- und Schornsteinbauergewerbe

Nachtrag 10 gültig vom Beginn der neuen Lohnwoche vom bzw. nach dem 19. Januar 1922.

Gemäß § 2 des Anhangs zum Reichstarifvertrag für das Bauergewerbe vom 18. Mai 1920 betreffend Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Feuerungs- und Schornsteinbauergewerbe vom 7. Juli 1920 wurde am 18. Januar folgendes festgesetzt:

- 1. Für die Zeit vom 19. Januar bzw. vom Beginn der neuen Lohnwoche nach dem 19. Januar 1922 wird der Grundlohn auf 12,49 M festgelegt, danach stellen sich die zu zahlenden Löhne wie folgt: Feuerungsmaurer einschließlich Gehaltsgeld 13,80 M, Schornsteinmaurer einschließlich Gehaltsgeld 15,70 M, Feuerungshelfer 13,45 M, Schornsteinshelfer 15,35 M. 2. Die Reizentschädigung wird ab 19. Januar 1922 wie folgt verrechnet: a) der feste Satz 25 M, b) Kilometergeld 26 Pf. und 1/2 vom Grundlohn, rund 46 Pf., zusammen 72 Pf. Kilometergeld ab 1. Februar 1922 infolge Erhöhung des Fahrpreises 2. Klasse auf 42 Pf., zuzüglich 46 Pf., zusammen 88 Pf.

Ernährungskosten in Wien und Berlin

Von Dr. R. Kuczynski, Berlin-Schöneberg.

Das österreichische Bundesamt für Statistik veröffentlicht seit Januar 1921 allmonatlich den „notwendigen Ernährungsaufwand“ in Wien, und zwar für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 13 und 6 Jahren. Da die Ergebnisse mit meinen eigenen Berechnungen des Existenzminimums in Groß-Berlin für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6-10 Jahren) annähernd vergleichbar sind, stelle ich hier die beiden Zahlenreihen gegenüber, indem ich noch die entsprechenden Vorjahreszahlen (Wien: Juli 1911, Groß-Berlin: August 1913 bis Juli 1914) beibringe:

Table with columns: Monat, Wien 1921, Berlin 1921, Wien 1911, Berlin 1911. Rows: Juli 1914, Januar 1921, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November.

Das Ernährungsminimum kostete also im November 1921 in Wien 32mal soviel, in Berlin 32mal soviel wie vor dem Kriege. Von Januar bis November war in Wien eine Verteuerung auf das 3fache, in Berlin auf das 1,6fache eingetreten.

Zum Vergleich sei noch die Steigerung der vertraglichen Mindestmonatslöhne, wie sie das Bundesamt für

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Dezember 1921 für einen alleinlebenden Mann 43 M, für ein kinderloses Ehepaar 69 M, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6-10 Jahren 93 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 14.200 M, für das kinderlose Ehepaar 21.700 M, für das Ehepaar mit zwei Kindern 29.100 M.

Wahnsinnige Industriegewinne. Wiederholt schon wiesen wir darauf hin, daß man es seitens der großen industriellen Unternehmungen, die teilweise einzeln mächtigste Gewinne erzielen, glänzend versteht, der Öffentlichkeit hierüber Sand in die Augen zu streuen, ja, es sogar wagt, das alte Märchen von den „notleidenden“ Industriellen und Aktionären immer wieder aufzuwärmen.

Ein recht typisches Schulbeispiel dafür erleben wir jetzt gerade bei der „Kronprinz“-Akt.-Ges. für Metallindustrie in Opatowitz (Schl.). Das Unternehmen arbeitet seit Jahren mit einem Stammkapital von 11,2 Millionen Mark, es hat sich während des Krieges an Heereslieferungen und in der Nachkriegsperiode durch „Umstellungen“ dermaßen be- und angereichert, daß der Aufsichtsrat keine andere Möglichkeit mehr sieht, diese ungeheuren Gewinne unauffällig abfluten zu lassen, als daß er das Kapital in der Weise erhöht, daß den Aktionären auf eine alte Aktie vier junge zum Kurse von 130 Proz. angeboten werden.

Man muß sich einmal etwas intensiver mit dieser Sache beschäftigen, weil hier wieder den Lebewohlensand in die Augen gestreut werden soll. Die Gesellschaft gibt vor, Kapitalbedarf zu haben und gibt zu diesem Zwecke junge Aktien aus zu einem Kurse von 130 Proz. bei einem Kursstand der alten Aktie von — jage und schreibe — heute 4050 Prozent! D. h. sie gewährt den alten Aktionären ein Bezugsrecht in Höhe von 2700 Prozent oder von 27000 Mark auf eine Aktie von 1000 Mark. Wenn die Verwaltung der „Kronprinz“-Gesellschaft tatsächlich starken Geldbedarf hätte und wenn ihr nicht nur daran gelegen gewesen wäre, Wege zu schaffen, um übermäßige Gewinne abfluten zu lassen, so wäre doch nicht einfacher gemein, als diesen Kapitalbedarf, der von der Verwaltung mit rund 60 Millionen Mark angegeben wird, zu decken durch die Ausgabe von jungen Aktien zu einem entsprechenden Kurse.

Angesichts solcher Vorgänge sollte man es sich in der Regierung doch mal ernsthaft überlegen, ob hier nicht einmal praktisch mit der Wuchererbekämpfung zu verfahren wäre. Eingehende Prüfung der Frage, ob das Vorhaben der „Kronprinz“-A.G. nicht geradezu eine Volksebewucherung im schlimmsten Maße darstellt, fordern wir nachdrücklich von der Regierung.

Fahrtreise für Handwerkslehrlinge. Für die Volls- und Mittelschüler hat die Eisenbahnverwaltung zu ihren Schulfahrten, ja selbst bei Ausflugsfahrten, einen ermäßigten Fahrpreis eingeräumt. Die Lehrlinge selbst armer und ärmerer Eltern, die von den Vorgesetzten täglich in die Stadt zur handwerksmäßigen Ausbildung fahren müssen, haben den vollen Eisenbahnfahrtpreis zu bezahlen. Lediglich diejenigen Lehrlinge, die in der betreffenden Stadt beim Lehrmeister oder in einem Lehrlingsheim oder sonst nahe kämft finden können, haben die Vergünstigung der Arbeiterfahrkarte bei der Heimfahrt an Samstag.

Statistik bis zur zweiten Hälfte des Monats Oktober 1921

Table with 3 columns: Berufskategorie, 1. Hälfte Oktober 1921, 2. Hälfte Oktober 1921. Rows include Metallarbeiter, Schlosser, Tischler, etc.

Nun ist er aus unserer Mitte geschieden, geachtet und geliebt von Freund und Gegner...

Raiserlautern. Am Sonntag, den 8. 1. 1922 fand hier eine Verwaltungskonferenz unseres Verbandes statt...

Nach der Mittagspause sprach Kollege Heinrich über die christliche Gewerkschaft als Organ der Volkswirtschaft...

Singen (Sms). Die Bauarbeiter Niehaus und Jansin vorbereiteten in Schüttorf das Gerücht, an der Spitze der Verwaltungsstelle Rheine sei früher Leiter des Deutschen Bauarbeiterverbandes gewesen...

Zaarbrücken. Trotz der winterlichen Witterung noch angenehme Lohnsteigerung herauszukommen. Wenn dies geschehen konnte, so nur deshalb, weil wir eine starke Verbandsorganisation sind...

Ab 1. Januar haben gelebte Jahre 16-18 haben Hilfsarbeiter ab 20 Jahre von 18-20 Jahren 10-12 16-18 7,20 14-16 5-6

Aus dem Baugewerbe. Heber die Lage des Baugewerbes im Monat Dezember berichtet das Reichsarbeitsblatt in Nr. 1: Naturgemäß wurde das Baugewerbe durch das Frostwetter bei Beginn des Monats besonders

hart beeinflusst. Immerhin war die Beschäftigung nicht gerade ungenügend. Die bereits bisher bestehenden Schwierigkeiten wurden in letzter Zeit durch Waggon- und Kohlenmangel vermehrt.

Im Tiefbau gewerbe ist die Lage auch weiterhin unverändert geblieben. Größere betriebsfähige Firmen klagen über dauernd und stetig zurückgehende Arbeitsleistung.

Im Tiefbau wie im Hochbau war der Berichtsmonat charakterisiert durch die zahlreichen Streiks, die ihre tieferen Ursachen in der plötzlichen Teuerungswelle haben.

Die Bautätigkeit der deutschen Großstädte im 3. Vierteljahr 1921. Wie wir der Zeitschrift 'Wirtschaft und Statistik' entnehmen, sind im dritten Vierteljahr 1921 in 25 deutschen Großstädten 1686 Wohngebäude errichtet worden...

Bei weitem die größte Zahl an Wohnungen ist im dritten Vierteljahr 1921 in Köln (728) und Hamburg (575) entstanden; erst in weitem Abstand folgen Essen (341), Nürnberg (259) und Dortmund (249).

Von den Wohngebäuden kommen 1389 = 82,4 Prozent auf die gemeinnützige Bautätigkeit und nur 29 auf die übrigen. Gegenüber dem dritten Vierteljahr des Vorjahres zeigt sich eine Zunahme von 30 Häusern bei der gemeinnützigen und 123 bei der übrigen Bautätigkeit.

Erläuterung

Das in Schüttorf von Unterzeichneten über den Vorsitzenden des christlichen Bauarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Rheine, verbreitete Gerücht, dessen Inhalt uns vom Dolmetscher des Deutschen Bauarbeiterverbandes Jäger in Rheine als Wahrheit mitgeteilt war, nehmen wir hiermit zurück, da selbiges doch unwahr ist.

Fritz Niehaus, Schüttorf. J. Jansin, Schüttorf.

Mitteilung

Die Generalversammlung der Ortsgruppe Hörde i. W. findet am 2. Februar d. J. um 7 Uhr im Lokale August Stolze statt. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht aller Kollegen!

Esterbetafel

Am 3. Januar starb der Mitbegründer unserer Verwaltungsstelle, seit der Gründung im Jahre 1904 Kassierer der Ortsgruppe Hörde, unser treuer Kollege und lieber Freund Heinrich Laner im Alter von 48 Jahren infolge Lungenerkrankung und Herzschwäche. Verwaltungsstelle Gladbeck i. W.